

21. Juni 1941: Beginn des
Vernichtungskriegs gegen die
Sowjetunion

Umdeutung der
Geschichte (nicht nur) in
Zeiten des Ukraine-
Krieges



Veranstaltungsreihe **Geschichtsrevisionismus**

Geschichtsrevisionismus in der BRD und EU nach 1990

Von der antifaschistischen Koalition zur totalitarismustheoretischen Umdeutung des zweiten Weltkrieges

Mittwoch, 10.6.2026 19 Uhr, mit Ulrich Wolf u. Hans Voß

Umdeutung der Geschichte im Umfeld des Ukraine-Krieges

Donnerstag, 18.6.2026 19 Uhr, mit Susann Witt-Stahl (Buchautorin und Journalistin)

Die Bundeswehr in Litauen und die Region Hannover

"Vergessene" Militärgeschichte und der Dritte Weltkrieg

Donnerstag 25.6.2026 19 Uhr, mit Hubert Brieden (AK Regionalgeschichte e.V.)

Geschichtsrevisionismus in der BRD und EU nach 1990

**VON DER ANTIFASCHISTISCHEN KOALITION ZUR
TOTALITARISMUSTHEORETISCHEN UMDEUTUNG
DES ZWEITEN WELTKRIEGES**

Ulrich Wolf u. Hans Voß

Geschichtspolitik

Unter Geschichtspolitik versteht man die gezielte, meist interessengeleitete Interpretation und Nutzung von Geschichte in der Öffentlichkeit, um politische, ideologische oder gesellschaftliche Ziele der Gegenwart zu erreichen.

Es geht dabei nicht um eine neutrale, wissenschaftliche Erforschung der Vergangenheit, sondern darum, wie historische Ereignisse erinnert, gedeutet oder auch bewusst verschwiegen werden, um Machtansprüche, Identitäten oder politische Entscheidungen zu legitimieren.

Unterschiedliche Geschichtsbilder in der DDR und der BRD

In der DDR war der 8. Mai der Tag der Befreiung und nicht der Tag der Niederlage.

In der DDR war der 8. Mai ein Tag zum feiern, das war er in der BRD nie.

Es gab in der DDR eine ernsthafte Auseinandersetzung mit dem Nazifaschismus, auch und gerade von Künstlern. Man wollte verstehen, wie es dazu kommen konnte.

Wo man in der BRD immer nur Opfer sein wollte – Opfer der Siegerjustiz der Alliierten, Opfer der Vertreibungen –, gab es in der DDR neben Tätern und Opfern eine zentrale dritte Gruppe in der Erinnerungspolitik: den Widerstand.



Drei Phasen in der Geschichtspolitik der BRD

1. Phase: Die „Vergangenheitsbewältigung“ (Gründung der BRD bis frühe 1970er)
→ Verdrängung und Amnestie, Pragmatische „Wiedergutmachung“
2. Phase: Beginn einer kritischen Auseinandersetzung und Verständnis des 8. Mai als Befreiung (Frühe 1970er bis Ende des 20. Jahrhunderts)
3. Phase: Das „Versöhnungstheater“ (Gegenwart seit den 2000ern)
→ „Wiedergutwerdung“ und Normalisierung, Nationalstolz im Gewand des Gedenkens

Geschichtspolitik in der Adenauerzeit (1950er u. 60er Jahre)

Lange galt in der BRD der antifaschistische Widerstand in konservativen Kreisen als „kommunistisch“ und wurde bereits deswegen abgelehnt.

Selbst die Akteure des konservativen Widerstands um Stauffenberg und den „20. Juli“ wurden noch in den 1950er und 1960er Jahren als „Verräter“ angesehen.

Während Widerstandskämpfern die Rente vorenthalten wurde, galten die NS-Urteile wegen Hochverrats weiterhin und wurden von der Justiz als Begründung für ablehnende Rentenbescheide herangezogen.

Verbände der Widerstandskämpfer (wie VVN) wurden verfolgt.

Geschichtspolitik zur Zeit der Entspannungspolitik (1970er Jahre)

In den Moskauer und Warschauer Verträgen (1970) erkannte die BRD die bestehenden Grenzen in Europa als „unverletzlich“ an.

D.h. die Ergebnisse des 2. Weltkriegs wurden erstmals offiziell und verbindlich akzeptiert.

Die Sowjetunion wurde nun als gleichberechtigter, rationaler Partner bei Rüstungskontrollverträgen (wie SALT I) und zur Sicherung des Weltfriedens anerkannt.



Am 7. Dezember 1970 am Mahnmal zum Gedenken an den Aufstand im Warschauer Ghetto

Rede des Bundespräsidenten von Weizsäcker am 8. Mai 1985

„Eine Sternstunde in der Geschichte der Bundesrepublik“
(Israelischer Botschafter)

- Der „Völkermord an den Juden“ wurde ausdrücklich als „beispiellos in der Geschichte“ anerkannt. Verpflichtung zum Gedenken als Warnung für Nachfolgende.
- Marginalisierte Opfergruppen wie Sinti und Roma in das Gedenken eingeschlossen. Ausführliche Würdigung des Widerstands, insbesondere des kommunistischen, explizite Erwähnung der sowjetischen und polnischen Kriegsoffer.
- Für die öffentliche Wahrnehmung zentral, charakterisierte er den Tag des Kriegsendes als einen „**Tag der Befreiung**“.



Der Historikerstreit 1986 - 87

Der konservative Historiker Ernst Nolte argumentierte, dass der Archipel Gulag des Stalinismus das logische und zeitliche Vorbild („prius“) für die Vernichtungslager der Nationalsozialisten gewesen sei. Er sah den Nationalsozialismus primär als (überschießende) Abwehrreaktion auf die bolschewistische Bedrohung.

Jürgen Habermas und andere linksliberale Intellektuelle warfen Nolte vor, durch den direkten Vergleich von sowjetischen und nationalsozialistischen Verbrechen die Singularität (Einzigartigkeit) des Holocausts zu bestreiten und das NS-Regime moralisch zu entlasten.

Ähnliche Debatten werden heute wieder geführt.

Geschichtspolitik in der EU

Nach dem Ende des kalten Krieges wurde die Bedeutung der Anti-Hitler-Koalition für die europäische Geschichte anerkannt.

Symbolisch stehen hierfür u.a. die Gedenktage zur Invasion in der Normandie im Juni 1944. Zu runden Gedenktagen wurde der russische Präsident Putin eingeladen, so 2004 und 2014.



Normandie 2014

Geänderte Positionen zur Geschichtspolitik in der EU

Symptomatisch ist der Gedenktag 2024 (80. Jahrestag) der Invasion in die Normandie: Wladimir Putin wurde offiziell eingeladen und gar kein offizieller Vertreter Russlands mehr eingeladen.

Schon seit 1990 verschob sich in den osteuropäischen Ländern die offizielle Sichtweise fundamental von der Erzählung der „reinen Befreiung“ hin zum Narrativ der „Doppelten Besatzung“ (erst durch die Wehrmacht dann durch die Rote Armee).

Die west- und südeuropäischen Länder reagierten auf das neue osteuropäische Narrativ zur Rolle der Sowjetunion über viele Jahre hinweg gespalten und zögerlich.

Treibende Kräfte der Revision der Geschichtspolitik in der EU

Das Kriegsende 1945 wird in weiten Teilen Osteuropas heute nicht mehr primär als Triumph, sondern als Beginn einer jahrzehntelangen Fremdherrschaft und Unterdrückung bewertet.

Die Sowjetunion wird moralisch und politisch oft mit NS-Deutschland gleichgesetzt.

Uminterpretation der Geschichte seit 2022: Im Westen wird die osteuropäische Interpretation übernommen. Es ist mittlerweile Konsens der herrschenden Kreise, dass Russland imperiale Absichten zur Beherrschung Osteuropas hat, und die Osteuropäer die heutigen Absichten Moskaus präziser vorausgesagt haben als die westliche Partnerschaftspolitik.

Resolutionen des Europäischen Parlaments

„Entschließung zum Gewissen Europas und zum Totalitarismus“ am 2. April 2009:

23. August (Tag der Unterzeichnung des sog. Hitler-Stalin-Paktes) als „Gedenktag an die Opfer aller totalitären und autoritären Regime“.

Entschließung des Europäischen Parlaments „Bedeutung des europäischen Geschichtsbewusstseins für die Zukunft Europas“ vom 19. September 2019

Das Parlament betonte, dass der Zweite Weltkrieg durch den deutsch- sowjetischen Nichtangriffspakt (Hitler-Stalin-Pakt) vom 23. August 1939 ausgelöst wurde. Die Entschließung

- lenkt damit von der Verantwortung Nazi-Deutschlands für den Krieg ab und versucht der Sowjetunion die gleiche Schuld zuzuweisen;
- läßt das Versagen der Westmächte gegenüber dem deutschen Aggressor vollkommen außen vor („Appeasementpolitik“ 1938 → Münchener Abkommen);
- unterschlägt, dass die Sowjetunion seit 1933 vergeblich ein System der „kollektiven Sicherheit“ gegen das faschistische Deutschland zu schaffen versuchte.



Maxim Maximowitsch Litwinow

1876 bis 1951

1930 bis 1939 Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten

„Man versucht, einen Aggressor zu beschwichtigen, indem man ihm vorwirft, was er verlangt. Das ist eine Politik, die das System der kollektiven Sicherheit zerstört. Morgen wird diese Politik weitere Opfer fordern.“

Rede vor der Vollversammlung des Völkerbundes am 21. September 1938.
Am 30. September 1938 wurde das Münchner Abkommen unterschrieben.

Abstimmungsverhalten zu den Resolutionen im Parlament

„Es ist offenbar, daß die Mehrheit der europäischen Parlamentarier entgegen ihren eigenen Erklärungen, wonach ‚offizielle politische Auslegungen historischer Fakten nicht durch Mehrheitsbeschlüsse von Parlamenten aufgezwungen werden sollen‘, doch in den wissenschaftlichen Streit eingreifen und bestimmte Lehrmeinungen ex cathedra für falsch und richtig erklären will.“ Günter Morsch ehem. Direktor der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten.

Die Entschließung vom 19.09.2019 wurde von folgenden Fraktionen eingebracht:

- EVP (Fraktion der Europäischen Volkspartei/Christdemokraten, z. B. CDU/CSU)
- S&D (Progressive Allianz der Sozialdemokraten, z. B. SPD)
- Renew Europe (Die Liberalen, z. B. FDP)
- EKR (Europäische Konservative / national-konservativ, u. a. die polnische PiS)

In der Abstimmung wurde sie geschlossen abgelehnt von der Fraktion Die Linke (GUE/NGL), Spaltung bei Grüne/EFA und bei Sozialdemokraten (S&D).

Geschichtsrevisionismus in den baltischen Ländern seit 1991

In den baltischen Ländern spielen rechtsextreme und neonazistische Gruppierungen, die sich positiv auf die SS beziehen, eine maßgebliche Rolle.

Der gesellschaftliche Mainstream in diesen Ländern deutet die Nazi-Kollaboration während des 2. Weltkrieges aus einer rein antisowjetischen Perspektive um.

Der „Tag der Legionäre“ in Lettland (16. März): Gedenken an die „Lettische Legion“ der Waffen-SS.

Das Treffen in Sinimäe (Estland): Hier wird der Soldaten der 20. Waffen-Grenadier-Division der SS gedacht, die 1944 die Rote Armee am Vorrücken hinderten.

Geschichtsrevisionismus in Deutschland

Der Historiker und Kohl-Berater Michael Stürmer formulierte 1986, dass die Zukunft gewinne, „wer die Erinnerung füllt, die Begriffe prägt und die Vergangenheit deutet“.

Für die Herrschenden in der BRD diente die Geschichtspolitik immer auch dem Zweck, die Konsequenzen der Verbrechen des deutschen Faschismus nicht vollständig tragen zu müssen.

Wesentliche Ziele sind und waren:

- Internationale Akzeptanz
- Aufhebung der Vorbehaltsrechte der Alliierten
- Vermeidung von Reparationen und Entschädigungen für Nazi-Verbrechen wo immer möglich
- Rechtfertigung für militärische Intervention unter dem Deckmantel der Menschenrechte („Kosovo-Krieg“ 1999)

Mit dem Holocaustdenkmal verbundene Absichten

Ein Symbol der „Wiedergutwerdung“ und der Normalisierung eines neuen Nationalstolzes im Gewand des Gedenkens ist das Holocaustdenkmal in Berlin (eröffnet 2005).

Es markiert den Übergang zu einer neuen Normalität, die mit dem Holocaust abgeschlossen habe und jetzt, in dem Streben nach einem neuen Nationalismus, auch z.B. den Wiederaufbau des Berliner Stadtschlosses möglich macht.

nach Rolf Surmann, Zeitschrift Konkret



Berliner Stadtschloss, Potsdamer Garnisonkirche

Der Wiederaufbau des Berliner Stadtschlusses (Humboldt-Forum) gehört zu den Versuchen eine geschichtliche Kontinuität zu konstruieren, in der der Nationalsozialismus nur eine inzwischen aufgearbeitete und überwundene Episode war.

Die Auseinandersetzungen um einen Wiederaufbau der Potsdamer Garnisonkirche stehen im gleichen Zusammenhang. Allerdings steht hier die Symbolik des Bündnisses der alten Eliten des Kaiserreichs mit den Nazis im Weg.



Besetzung von Positionen durch rechtsnationale Kräfte

Von Seiten rechtsnationaler Kräfte hat es Gegnerschaft gegen jede Form der Erinnerung an deutsche Verbrechen immer gegeben.

Durch den Aufstieg der AfD werden diese Positionen wahrnehmbarer und haben mehr Gewicht.

Anstelle des Gedenkens an die nationalsozialistischen Verbrechen wird eine Fokussierung auf positive Epochen der deutschen Geschichte gefordert, um einen „unverkrampten Nationalstolz“ zu begründen.

Höcke 2017: Das „Denkmal der Schande“

Gauland 2018: „Hitler und die Nazis sind nur ein Vogelschiss in über 1000 Jahren erfolgreicher deutscher Geschichte.“

Bundesstiftung »Flucht, Vertreibung, Versöhnung«

2008 gegründet, durch den Koalitionsvertrag neuerdings dem Innenministerium zugeordnet. Jetzt Gesetzentwurf zur Unabhängigkeit der Stiftung vorgelegt.

Änderungen:

- Der „Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten“ soll Kraft Amtes im Stiftungsrat mitwirken und ein Vetorecht in inhaltlichen und personellen Fragen erhalten.
- Ergänzung von vier Worten: „Zweck der Stiftung ist es, im Geiste der Versöhnung die Erinnerung und das Gedenken an Flucht und Vertreibung im 20. Jahrhundert **insbesondere die der Deutschen** im historischen Kontext des Zweiten Weltkrieges und der nationalsozialistischen Expansions- und Vernichtungspolitik und ihrer Folgen wachzuhalten.“

Kritik des Verbandes der Historikerinnen und Historiker Deutschlands (VHD):

- der Bund der Vertriebenen erhält eine exekutiv abgesicherte Mehrheitsposition
- die historische Kontextualisierung von Flucht und Vertreibung wird durch ein selbstbezügliches nationales Narrativ ersetzt

Gedenkstättenkonzept

Neues Gedenkstättenkonzept (Kabinettsbeschluss November 2025)

- Faktische Gleichsetzung von Faschismus und Kommunismus
- Folgenloser Alibisatz: „Bei der Aufarbeitung (...) ist den fundamentalen Unterschieden zwischen der NS-Terrorherrschaft und dem Unrecht in der SED-Diktatur unverändert Rechnung zu tragen.“
- Schwerpunkt der „Bundesförderung der Aufarbeitung der NS-Terrorherrschaft“ von nun an auf der Behandlung der Shoah
- Kolonialverbrechen werden nach wie vor nicht berücksichtigt
- Anerkennung der Verpflichtung zur Erhaltung und Pflege der sowjetischen Denkmale und Kriegsgräber in Deutschland (Völkerrechtliche Verpflichtung)

Aktuelle Änderungspläne bei Gedenkstätten und Stiftung

Antrag der Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus
(21.05.2026) „Sowjetische Ehrenmale in Berlin
geschichtlich einordnen und vor politischer
Instrumentalisierung schützen“

In der Begründung heißt es, die Ehrenmale
spiegelten ein „Geschichtsbild“ wider, „das einseitig
durch die stalinistische Sowjetunion geprägt ist“.
„Ausgeblendet“ blieben nämlich „der
Hitler-Stalin-Pakt, die Gewaltverbrechen des
Stalinismus sowie die Erfahrungen derjenigen Völker
und Minderheiten, die unter sowjetischer Herrschaft
verfolgt und unterdrückt wurden“.



Ausschluss Russlands von Gedenkveranstaltungen

Botschafter Russlands und von Belarus werden explizit nicht zur zentralen Gedenkstunde des Bundestags eingeladen, wegen der Gefahr der politischen Instrumentalisierung

An und um die sowjetischen Ehrenmale gilt an Gedenktagen (z.B. 8./9. Mai) ein striktes Verbot von russischen und sowjetischen Flaggen.

Die Bundesregierung lässt verlauten, dass die Teilnahme russischer Regierungsvertreter an lokalen, gemischten Gedenkveranstaltungen (z. B. auf Initiative von Kommunen) politisch unerwünscht ist.

Entfernung von sowjetischen Kriegsdenkmälern

In Estland wurden hunderte sowjetische Denkmäler entfernt, verstärkt seit 2022.

Aufsehen erregte die Entfernung des „Panzer von Narva“ im August 2022 wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit.



Völkerrechtliche Verträge (wie der Zwei-plus-Vier-Vertrag) verpflichten Deutschland, die sowjetischen Ehrenmale und Grabstätten zu erhalten und zu pflegen.

„Überall in Europa werden sowjetische Denkmale entfernt, nur nicht in Berlin.“
Ukrainischer Historiker Andrii Portnov

Geschichtsverständnis europäischer Spitzenpolitiker

EU-Außenbeauftragte Kaja Kallas:

„China und Russland haben den Zweiten Weltkrieg gewonnen und die Nazis besiegt? Das ist etwas Neues.“

Keynote Speech bei European Union Institute for Security Studies, 03.09.2025

„Russland hat in den letzten 100 Jahren mindestens 19 Länder angegriffen. Einige davon sogar drei oder vier Mal. Keines dieser Länder hat jemals Russland angegriffen.“ Oslo Security Conference, 02.02.2026

Riho Terras, estnischer EU-Abgeordneter, und Ex-Generalstabschef Estlands:

„Ein russischer Angriff ist jederzeit möglich. Da sind wir nicht blauäugig. In den letzten tausend Jahren wurden wir 42-mal von Russland angegriffen – im Schnitt alle 25 Jahre.“ Juni 2025